

Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten

Die erste Volksinitiative für die schweizweite Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommen ist 2016 an der Urne gescheitert. Zu viele Fragen waren noch offen: Was löst ein monatliches Grundeinkommen in der Bevölkerung und bei Einzelpersonen aus? Macht es die Menschen passiv oder setzt es Kapazitäten für neue Engagements frei? Wie hoch soll ein Grundeinkommen sein? Wie wird es finanziert?

Die Kommission Soziales, Bildung und Kultur (SBK) will durch lokale, zeitlich beschränkte, wissenschaftlich begleitete und koordinierte Pilotversuche in der Stadt Bern und in anderen Schweizer Städten konkrete Erfahrungswerte zum bedingungslosen Grundeinkommen sammeln und unter anderem die oben gestellten offenen Fragen klären. Spätestens die Covid-19 Pandemie hat eindrücklich aufgezeigt, dass die finanzielle Sicherheit zentral für ein angstfreies und gutes Leben ist. Der transformative Charakter der Digitalisierung führt grundsätzlich zu schwer abschätzbaren Veränderungen in der Arbeitswelt und den Sozialsystemen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklungen in den kommenden Jahren weiter verstärken und akzentuieren, durch die Folgen der Covid-19 Pandemie erst recht. Für die Motionär*innen ist klar: Technologische Innovationen erfordern oft auch soziale Innovationen. Um herauszufinden, wie die Gesellschaft mit dem Strukturwandel und mit den Folgen der Covid-19 Pandemie umgehen kann, braucht es deshalb neue Lösungsansätze und Experimentierräume.

In diversen Schweizer Städten (Bern, Luzern, Zürich, Basel, Genf) sind Bestrebungen für Pilotprojekte zum Grundeinkommen im Gange, respektive entsprechende Initiativen hängig. Gleichzeitig ist eine neue Initiative auf nationaler Ebene geplant. Es wäre von Vorteil, wenn beim Zeitpunkt der Abstimmung über die Initiative bereits Resultate aus den Piloten vorliegen würden. In Deutschland ist zudem im Juni 2021 ein ähnliches Pilotprojekt gestartet worden (siehe www.pilotprojektgrundeinkommen.de).

Wir fordern den Gemeinderat zu Folgendem auf:

1. Die Stadt Bern initiiert einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch über ein Grundeinkommen für alle in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen in der Schweiz (insbesondere der Stadt Zürich), die vergleichbare Pilotversuche planen und/oder durchführen. Zur Einbringung dieses Anliegens eignen sich z.B. die Städteinitiative Sozialpolitik und weitere Organisationen (SODK, SKOS, Gemeindeverband).
2. Zu gegebenem Zeitpunkt legt der Gemeinderat dem finanzkompetenten Organ eine Projektvorlage zur Genehmigung vor, in der die Stadt Bern mindestens für die im Gemeindegebiet lebenden Proband*innen Eigenmittel zur Verfügung stellt. Diese sind bereits jetzt im IAFP bereit zu stellen. Die ersetzende oder ergänzende Finanzierung über Drittmittel soll durch die durchführenden Städte geprüft werden.
3. Die wissenschaftliche Begleitung des Pilotversuchs wird von den beteiligten Städten für eine oder mehrere unabhängige Forschungsinstitutionen ausgeschrieben. Zum Pilotversuch gehört auch eine entsprechende Kontrollgruppe ohne Grundeinkommen. Die Repräsentativität der Studie nach wissenschaftlichen Standards ist zu gewährleisten.
4. Die Dauer des Pilotversuchs soll mindestens 36 Monate betragen.
5. Das Geschäft ist direktionsübergreifend und interdisziplinär zu erarbeiten. Der zuständigen Kommission wird einmal jährlich, erstmals im Frühling 2023, über den aktuellen Stand Bericht erstattet.

Bern, 01. September 2022

Erstunterzeichnende: Ursina Andereg

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hält in den Legislaturrichtlinien 2021 – 2024 unter Legislaturziel 2 fest, dass die Stadt Bern eine chancengerechte, diskriminierungsfreie Stadt von höchster Lebensqualität für alle sein soll. Der Gemeinderat will Armut mit höchster Priorität bekämpfen und chancengerechte Zugänge zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnungsmarkt, aber auch zu digitalen Dienstleistungen sicherstellen.

Auch wenn es noch zahlreiche Einzelfragen zu klären gäbe und die (positiven) Errungenschaften der Sozialwerke dadurch nicht gefährdet werden dürften: Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens könnte grundsätzlich einen wesentlichen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und Lebensqualität leisten. Durch die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz wird der finanzielle Druck auf Einzelpersonen und Familien reduziert. Dies entlastet insbesondere Personen ohne Arbeit oder in prekären Arbeitssituationen, Personen, die unbezahlte Care Arbeit leisten, und Familien. Durch die Entlastung werden die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe verbessert und die Perspektiven für die persönliche Weiterentwicklung vergrössert (z.B. Absolvieren Ausbildung bzw. einer Weiterbildung). Das bedingungslose Grundeinkommen bietet aber auch Antworten auf künftige Herausforderungen wie die prognostizierten, tiefgreifenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (drohender Wegfall von Arbeitsplätzen in vielen Branchen auf Grund der digitalen Transformation im Rahmen der 4. industriellen Revolution).

Die erste eidgenössische Volksabstimmung zur schweizweiten Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens scheiterte am 5. Juni 2016 an der Urne. In der Stadt Bern war die Zustimmung zur Vorlage dabei im schweizweiten Vergleich hoch: Der Ja-Stimmen-Anteil lag in der Stadt bei rund 40 Prozent, bei einer Stimmbeteiligung von knapp 54 Prozent. Für eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Bern und schweizweit waren aber anscheinend noch zu viele Fragen zur Umsetzung eines Grundeinkommens offen. Der Gemeinderat teilt die Überzeugung der Initiantinnen und Initianten, dass es vor diesem Hintergrund erstrebenswert wäre, mehr Erfahrungen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu sammeln. Die Durchführung eines Pilotprojekts scheint hierfür ein sinnvoller Ansatz.

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) hat deshalb ein Vorgehen zur Lancierung eines städteübergreifenden und regional breit abgestützten Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen mit folgenden Eckpunkten formuliert:

- Repräsentative Studie nach wissenschaftlichen Standards (angestrebte Grösse der Versuchsgruppe: mehrere 100 Personen; Mindestdauer: 36 Monate; Kontrollgruppe)
- Wissenschaftliche Begleitung durch eine Fachhochschule oder ein geeignetes Büro
- Breite Abstützung in verschiedenen Gemeinwesen und Regionen. Grundsatz: zentrale Steuerung – dezentrale Durchführung
- Crowdfunding-Ansatz: Ein Gemeinwesen soll sich bereits ab einer Person am Pilotprojekt beteiligen können. Erste Schätzung Kostenrahmen pro Studienteilnehmer*in: Fr. 25 000.00 bis Fr. 30 000.00.

Dieses Vorgehen wurde im Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik an der Sitzung vom 13. Januar 2023 präsentiert und mit den Vorstandsmitgliedern diskutiert. Die Vertreter*innen der anderen Städte

fanden die Thematik und das vorgeschlagene Vorgehen grundsätzlich interessant. Sie begrüßen auch, dass sich die Stadt Bern diesem sozialpolitisch wichtigen Anliegen annehmen will. Keine der Städte sicherte der Stadt Bern jedoch für die Entwicklung des Pilotprojekts ihre Mitarbeit zu, da sie im Moment andere Prioritäten haben.

Der Gemeinderat bedauert, dass sich aktuell keine weitere Stadt für das Vorhaben engagieren will. Durch eine breite Abstützung des Projekts in verschiedenen Städten und Regionen der Schweiz würde die Grösse der Versuchsgruppe pro Gemeinde kleiner ausfallen; entsprechend wären die Kosten pro Gemeinde tiefer. Auf diese Weise würde ein solches Projekt für die Stadt Bern finanziell tragbar. Gleichzeitig würde sich durch eine breite Abstützung sowohl die Aussagekraft als auch die Ausstrahlung und die Glaubwürdigkeit des Projekts erhöhen. Ohne entsprechende Partnerschaften mit anderen Städten ist die Umsetzung eines Pilotversuchs jedoch aus Sicht des Gemeinderats nicht realistisch. Ein Alleingang der Stadt Bern würde die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Bern übersteigen.

Folgen für Personal und Finanzen

Bei einer Studiengrösse von 300 Personen würden sich die Kosten für die Stadt gemäss ersten Berechnungen auf geschätzte 7,5 bis 9 Mio. Franken belaufen. Die Initiant*innen der 2021 eingereichten Parlamentarischen Initiative zur Durchführung eines Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern bezifferten in ihrem Projektbeschrieb die Kosten für einen Pilotversuch ebenfalls auf 8,8 Mio. Franken. Ein Projekt mit Kosten in dieser Grössenordnung ist nach Ansicht des Gemeinderats mit Blick auf die städtischen Finanzen aktuell nicht tragbar.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 1. März 2023

Der Gemeinderat